

### **Radverkehr sträflich vernachlässigt**

Die Ratsmehrheit und die Verwaltung haben den Radverkehr jahrelang stark vernachlässigt. Das geht aus einer [Stellungnahme](#) der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion hervor, in dem sie sich für die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte und Kommunen stark macht. Ein Antrag auf Mitgliedschaft hat derzeit mangels ausreichender Radinfrastruktur und wegen eines fehlenden Verbesserungskonzeptes keine Chance, sagt die Verwaltung. Eine blamable Aussage, so der SPD-Vorsitzende Uwe Wegner. Die SPD-Fraktion fordert nun die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes als Teil eines integrierten Gesamtverkehrskonzeptes für die Stadt.

### **Bäder: CDU derzeit wenig glaubwürdig**

Die Erfstädter Sozialdemokraten halten die CDU in der Bäderfrage derzeit für wenig glaubwürdig. Nachdem nun einzelne CDU-Ortsverbände in Kierdorf, Bliesheim und Erp den Erhalt der Bäder fordern, verweist der CDU-Stadtverband auf das CDU-Wahlprogramm, in dem die Erstellung eines Bäderkonzeptes gefordert wird. Erst dann, wenn die CDU unserem Sanierungsantrag zustimmt, ist sie in der Bäderfrage ein verlässlicher Partner, so SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen in einem [Kommentar](#).

### **Bürgerplatz Liblar: CDU und FDP verzögern Umbaubeschluss**

Indem CDU und FDP die von der Verwaltung vorgesehene Sondersitzung des Straßenausschusses vom 20. August auf den 2. September verschieben, verzögern sie den notwendigen Beschluss zum Start der Sanierung des Bürgerplatzes in Liblar. Pikant: Der neue Termin liegt zwei Tage hinter der Kommunalwahl. Liblars Orstvorsteherin Isolde Moron fragt sich deshalb völlig zu Recht, ob CDU und FDP nach der Kommunalwahl noch zur Sanierung des Bürgerplatzes stehen.

### **Neue Autobahnabfahrt A1: SPD will schnell eine Informationsveranstaltung**

Die SPD besteht weiter auf einer [Informationsveranstaltung](#) zu den Auswirkungen der im Bau befindlichen Autobahnabfahrt Gut Neuheim an der A1. Im zuständigen Fachausschuss sollte der Landesbetrieb Straßen NRW aufgefordert werden, daran teilzunehmen. CDU und FDP lehnten dies ab. Die SPD-Fraktion hatte eine solche Veranstaltung gefordert, nachdem die Stadtverwaltung in einer Stellungnahme zu einer [SPD-Anfrage](#) auf zusätzliche Belastungen für die Anlieger der Ortsdurchfahrten in Friesheim und Bliesheim hinwies. In dieser Informationsveranstaltung sollten die Bürger gemeinsam mit der Stadt und dem zuständigen Landesbetrieb Straßen nach Möglichkeiten suchen, die Belastungen so gering wie möglich zu halten.